GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

JAHRESBERICHT

1993/94

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

GBZ

Adressen im Kanton Zug:

SMUV-Sekretariat
Neugasse 7
6300 Zug
Tel. 21 04 20

GBI-Sekretariat
Metallstr. 1
6300 Zug
Tel. 21 81 47

GBZ-Präsident
Bruno Bollinger
Deinikonerstr. 37a
6340 Baar
Tel. 31 89 13

1. Vorbemerkungen

Es wird zwar wieder von einer Erholung der Konjunktur gesprochen, jedoch niemand erwartet, dass dies auch zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit führen wird. Gesamtschweizerisch haben wir fast die Schwelle von 200'000 Arbeitslosen erreicht; im Kanton Zug sind wir über 2'000. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass dies nur Statistiken sind, die uns kein Aufschluss darüber geben, wieviele Leute eine Stelle suchen und wieviele Lohnabhängige indirekt (Angst um den Arbeitsplatz) davon betroffen sind. Wenn wir die monatlich registrierten Neuangemeldeten Arbeitslosen miteinberechnen, dann waren im Kanton Zug alleine im Jahr 1993 fast 5'000 Personen zumindestens für einige Zeit arbeitslos.

Arbeitgeberorganisationen und bürgerliche Wirtschaftspolitiker sprechen immer noch von einer Kostenkrise und führen die Rezession auf überhöhte Kosten (insbesondere Lohnkosten) und eine zu grosse Regulierungsdichte zurück. Demgegenüber haben linke Oekonomen (unter ihnen SGB-Sekretär Serge Gaillard) klar festgehalten: *"Die schweizerische Krise ist vor allem von einem Rückgang der Nachfrage aus der Schweiz - der Inlandnachfrage - betroffen, die zwischen 1990 und 1993 um 2,7% abgenommen hat. Diese divergierende Entwicklung zwischen der Inland- und Auslandnachfrage zeigt, dass die schweizerische Wirtschaft es nicht mit einem Problem der Wettbewerbfähigkeit zu tun hat, sondern mit einem Problem der Nachfrageschwäche im Inland."*

Diese "hausgemachte" Krise ist auf drei Ursachen zurückzuführen: Erstens handelt es sich um eine der regelmässig auftretenden, "klassischen" Rezessionen, die auf zyklische Schwankungen der Investitionstätigkeit zurückzuführen sind. Zweitens wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärft durch eine tiefe Baukrise, welche durch die hohen Boden- und Liegenschaftspreise und durch die ausserordentlich lange Phase restriktiver Geldpolitik vertieft wurde. Drittens verschärften wirtschaftspolitische Fehler im vergangenen Aufschwung und in dieser Rezession die Probleme. (Serge Gaillard, im SGB-Pressedienst vom 16.12.1993)

Die Unternehmer führen ihre Deregulierungspolitik knallhart weiter: Arbeitsvertragliche Regelungen werden aufgehoben und die Lohnkosten gesenkt. Es gibt kaum noch eine Branche, in der der volle Teuerungsausgleich gewährt wird.

Viele dieser Anzeichen sprechen dafür, dass wir in das sogenannte Zeitalter des "Nacharbeitsfriedens" eingetreten sind. Der Arbeitsfriede existiert für die Unternehmer nicht mehr. Dies nicht, weil er nicht mehr in den Verträgen festgehalten ist, sondern weil die Unternehmer sich immer weniger daran halten.

Zwei Entwicklungen werden immer deutlicher:

- Die GAV's werden frontal angegriffen; dies mit dem klaren Ziel, sie zu liquidieren und sie durch Einzelarbeitsverträge auf Betriebsebene zu ersetzen. Die Gewerkschaften werden als lästige Störefriede ausgebotet. Gasser hat in der Textilindustrie damit angefangen. Weitere Unternehmer sind ihm gefolgt.

- Die bestehenden GAV werden ausgehölt und in Rahmenverträge umgestaltet. Der GAV soll nur noch festhalten, wie verhandelt wird. Alle materiellen Errungenschaften wie Lohn und Arbeitszeit werden aus dem Vertrag genommen.

Demgegenüber müssen wir feststellen, dass die Lohnabhängigen die Bedrohung noch nicht erkannt haben. Viel zu viele wiegen sich noch in der Sicherheit der Hochkonjunktur, in der die Gewerkschaften die Minimalbedingungen garantierten und die einzelnen individuell mehr erreichen konnten. Wieviele sind sich heute noch bewusst, dass der 13.Monatslohn nicht durch das Gesetz sondern durch die GAV's geregelt ist?

So ist die Rücksichtslosigkeit seitens der Unternehmer weniger auf ihre Agressivität und Frechheit zurückzuführen, als vielmehr auf die fehlende Reaktion seitens der Werktätigen. In immer mehr Betrieben können die Unternehmer mit den Arbeitenden machen, was sie wollen.

Diese neue Unternehmenskultur hat auch im Kanton Zug Beispiele:

Unternehmenskultur à la Gasser

Mit **Adrian Gasser** haben wir den hemsärmeligen Manager, der gegen alle Windmühlen ankämpft. Als erstes hat er die Gewerkschaften aus dem Betrieb gedrängt. Als zweites hat er allen Beschäftigten Einzelarbeitsverträge aufgezwungen (mit längerer Arbeitszeit und kleineren Löhnen). Die Betriebskommission wurde immer mehr zu einem Instrument der Gasserschen Betriebsführung. Einzelne Angestellte halfen Gasser dabei tatkräftig. Als er sie aber nicht mehr brauchen konnte, durften auch sie "gehen". Tranchenweise wurden die Beschäftigten entlassen und weil sie sich nicht mehr unter dem kollektiven Schutz der Gewerkschaften befanden, musste Gasser auch keinen Sozialplan gewähren. Erst nach vielem Drängen und nach einem Kniefall der christlichen Gewerkschaft CTB und des LfSA war er dann bereit, einen Pro-Forma-Sozialplan zu genehmigen. Inzwischen hatte er aber - weil es keine gewerkschaftliche Kontrolle mehr gab - die Stiftungsgelder illegal benützt. Inzwischen sind auch die Liegenschaften verkauft und die Spinnerei an der Lorze existiert als Betrieb nicht mehr... Fazit für uns: Es hat sich wieder einmal bestätigt, dass Verzicht seitens der Lohnabhängigen überhaupt keine Arbeitsplätze rettet - im Gegenteil!

Unternehmenskultur à la Landis & Gyr

Die in der Landis & Gyr herrschende Unternehmenskultur ist die Profitmaximierung. In der firmaeigenen Sprache "schön" als Kundennähe formuliert ("alles machen, was die Kunden wollen"). Sie dient dazu, immer mehr Rendite aus dem Betrieb zu holen. Seit Jahren werden all jene Abteilungen oder Bereiche, die nicht top rentieren entweder ausgelagert (wie z.B. die Werbeabteilung) oder geschlossen. Jahr für Jahr meldet die Firma immer bessere Jahresabschlüsse. Jahr für Jahr wird aber nicht einmal mehr die volle Teuerung ausgeglichen. Die Lohnerhöhungen erfolgen fast nur noch auf individueller Ebene.

Und trotz der guten Ergebnisse hält das L&G-Management an den Abbaumassnahmen fest und schliesst auch weitere Entlassungen nicht aus. Da müssen wir mit Bewunderung an die Verantwortlichen der VW-Werke denken, die ja bekanntlich statt zu entlassen, die

Viertagewoche eingeführt haben. Aber in Wolfsburg sind andere Voraussetzungen gegeben: Die Beschäftigten sind mehrheitlich in der Gewerkschaft organisiert, so dass diese stark genug ist, um die Interessen aller zu verteidigen. Die Direktion hat eine lange Tradition der sozialen Verantwortung. Und die öffentliche Hand ist nicht bereit, Unternehmensentscheide zu dulden, die für sie hohe soziale Folgekosten haben (Arbeitslose), ohne darauf Einfluss nehmen zu wollen.

Der öffentliche Druck hat aber immerhin etwas gewirkt. Anfangs März 1994 meldete die Firmaleitung, dass sie zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion ein Projekt vorbereitet hat, das mehr Hilfe für die Langzeitarbeitslosen bringen soll. Damit macht die Landis & Gyr einen wichtigen Schritt in der Uebernahme der sozialen Verantwortung für ihre Abbaumassnahmen.

Aber bereits eine Woche später folgt wiederum eine negative Meldung: Ein neues Arbeitszeitmodell soll die Verfügbarkeit der Belegschaft erhöhen. Die gleitende Arbeitszeit gilt von 6.00 Uhr morgens bis 20.00 Uhr abends. Wenn nun die Arbeitenden innerhalb dieser Spanne wirklich selber entscheiden könnten, wann sie arbeiten wollen, dann wäre dieses Arbeitszeitmodell ein Fortschritt. Führt diese Neuregelung jedoch dazu, dass praktisch zu einem Schichtbetrieb hinübergewechselt werden kann, ohne dass die entsprechenden Schichtzulagen bezahlt werden müssen, dann ist dies eine weitere verheerende Deregulierung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Unternehmenskultur beim Staat

Im Rahmen der Diskussionen um den Teurungsausgleich und un den Beamtenstatus haben wir auch im Kanton Zug erfahren können, was nahmhafte PolitikerInnen von den Staatsangestellten halten. Vor allem bürgerliche Parlamentarier meinen heute, dass die marktwirtschaftlichen Kriterien der Privatwirtschaft direkt auf die Staatsangestellten angewendet werden müssen. So soll der automatische Teuerungsausgleich abgeschafft werden, weil dieser in der Privatwirtschaft auch nicht mehr gewährt wird.

Auch beim Staat haben es die Gewerkschaften schwer, sich Gehör zu verschaffen: PolitikerInnen und Chefbeamte sehen, dass die Gewerkschaften nicht mehr ernst genommen werden müssen; die Staatsaangestellten selber meinen immer noch - wie viele in der Privatwirtschaft - sie hätten die Gewerkschaften nicht nötig.

Diesen Herausforderungen gegenüber reagieren die verschiedenen Verbände in unterschiedlicher Art und Weise. Einige meinen, dass sie nur dann ernstgenommen werden, wenn sie sich noch mehr anpassen. Andere hingegen versuchen Widerstand zu leisten, indem sie nicht zu allem Ja und Amen sagen. Diese unterschiedlichen Strategien führen vermehrt zu Spannungen auch innerhalb des SGB.

2. Die GBZ-Aktivitäten 1993/94

Aktivitäten gegen die Krise

Auf Initiative des GBZ formierte sich das Komitee gegen die Krise. Die Arbeitsgruppe "Arbeitslose betreuen" machte sich selbständig und gründete den Zuger Arbeitslosen Treff (ZALT). Der GBZ ist im ZALT-Vorstand durch Sybilla Schmid vertreten.
Der Zuger Krisenkomitee bildete einen Ausschuss mit: Rosmarie Rossi (SP), Hanspeter Uster (SGA), Walter Wyss, Toni Kleimann (Frische Brise), Armin Jans (SP) und Bruno Bollinger (GBZ).
Der GBZ organisierte die Unterschriftensammlung für das Referendum zur Arbeitslosen-Versicherung. In Zug wurden 602 Unterschriften (GBI: 444; SMUV: 152; VPOD: 6) gesammelt.
Der GBZ trat als Kollektivmitglied dem Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) bei und delegierte Sybilla Schmid in den VAM-Vorstand. Als Präsident des Vereins wurde Regierungsrat Rober Bisig (CVP) gewählt.

Kampagne Teuerungsausgleich

Trotz bürgerlicher Opposition gewährte der Zuger Kantonsrat den Staatsangestellten einen Teuerungsausgleich von 2,25%. Dieser Erfolg ist auf den öffentlichen Druck zurückzuführen, der von VPOD und GBZ gemacht worden ist. Um aber in Zukunft solche Errungenschaften verteidigen zu können, wird es nicht genügen, alleine via Presse Protest anzumelden. Die Direktbetroffenen müssen sich selber zur Wehr setzen.

Frauen

Der GBZ unterstützte die Frauenbar und die Austellung im Kunsthaus, die von der Ofra anlässlich des 14. Juni organisiert worden ist.
Der GBZ unterzeichnete einen Protestbrief an die Zuger Ständeräte Andreas Iten und Markus Kündig zur Heraufsetzung des AHV-Alters für Frauen.

Gasser / Spinnerei Baar

Mit einer Stellungnahme reagierte der GBZ auf die definitive Schliessung der Spinnerei Baar. Die unfähige, rücksichtslose Betriebsführung durch Adrian Gasser hätte nicht anders enden können. Adrian Gasser ist aber nur die eine Seite des Problems. Auf der anderen Seite hat es sich wiedereinmal bestätigt, dass wenn die betroffenen Lohnabhängigen sich nicht wehren, dann wird mit ihnen gemacht, was der Unternehmer will. Als es im November 1992 zur Entlassung des Hauptteils der Belegschaft kam, waren die Gewerkschaften (namentlich die GBI) bereit, Kampfmassnahmen zu ergreifen. Die Betroffenen hatten aber nicht den Mut dazu, so dass die Gewerkschaft nicht viel machen konnte.

Investitionsbonus

Mit einem Brief an alle linken und grünen Mitglieder der Gemeindebehörden hat der GBZ auf den vom Bund beschlossenen Investitionsbonus aufmerksam gemacht. Der Bund hatte auf Verlangen der GBI beschlossen, den Gemeinden- und Kantonen 200 Millionen zur Verfügung

zu stellen, damit sie baureife Projekte sofort realisieren und somit einen aktiven Beitrag zur Sicherung etlicher Arbeitsplätze leisten konnten.
Im Kanton Zug war aber die Bautätigkeit auch im letzten Jahr bereits so hoch, dass nicht viele Projekte zusätzlich realisiert werden konnten.

3. GBZ-Veranstaltungen

GBZ-DV vom 21. April 1993

Gastreferent an der DV war SGB-Sekretär Serge Gaillard, der zum Thema "Bald Ende der Krise?" referierte. Dem Interessanten Vortrag folgte eine angeregte Diskussion. In seiner Begrüssung ging Bruno Bollinger auf die Ereignisse um die Spinnerei an der Lorze / Fall Gasser ein. Auf die DV hin hat Romolo Calvini seine Demission aus dem Vorstand eingereicht.

1.Mai

Das 1.Mai-Fest 1993 war eines der erfolgreichsten der letzten Jahre. An die 500 Leute haben daran teilgenommen. Die Reden hielten Christa Suter (VPOD), Gemeinderätin Zürich, und Stadrat Eusebius Spescha (VPOD). Es sprachen auch einige KollegInnen in italienischer, spanischer, tamilischer und kurdischer Sprache. Das multikulturelle Fest endete mit dem Konzert des italienischen Cantautore Tonino Castiglione.
Im Auftrag des GBZ organisierte Madeleine Landolt zusammen mit Pietro Panico das 1.Mai-Fest. Sie bewältigten die ganze Arbeit fast alleine. Es ist leider nicht möglich gewesen, alle interessierten Kräfte direkt in die Organisation einzubeziehen, so dass es zwischen den politischen Parteien zu unnötigen Unstimmigkeiten gekommen ist. Schlussfolgerung daraus ist, dass für den 1.Mai 1994 ein 1.Mai-Komitee gebildet wird, in das alle interessierten Gruppen einbezogen werden (in erster Linie SP und SGA).

GBZ-Apero mit den Kollegen Regierungsräten.

Am 26. Oktober fand in der Rathus-Schüür in Baar zum zweiten mal der GBZ-Apero mit Urs Birchler und Hanspeter Uster statt. Einige KollegInnen nahmen die Gelegenheit wahr, um mit den zwei Kollegen in der Zuger Regierung den direkten Kontakt zu pflegen. Diskutiert wurde dabei das Thema "Krise" und die kantonalen Projekte für Arbeitslose und die Submissionsverordnung.
Leider war die Presse nicht anwesend, so dass keine Berichterstattung stattgefunden hat.

GBZ-DV vom 15.November 1993

Andreas Rieger von der GBI-Präsidialabteilung referierte zum Thema "Arbeitszeitverkürzung". Die anwesenden KollegInnen konnten danach eine interessante Diskussion mitmachen. Anschliessend wurde noch ein kleiner Ueberblick über die anstehenden GBZ-Aktivitäten vermittelt.

GBZ-Tagung 15. Januar 1994

26 KollegInnen haben an der halbtägigen Informations- und Diskussionsveranstaltung im Restaurant Bären teilgenommen. Das Thema war "Deregulierung: Wer ist schuld an der Teuerung im Bauwesen?" Eine Studie, die im Auftrag des Zuger Baumeisterverbandes erstellt worden ist, hatte aufgezeigt, dass die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, etc.) nur zu 7 Prozent an der Verteuerung des Bauens beteiligt sind. Die Behauptung, die hohen Löhne und die Forderungen der Gewerkschaften seien an der teuren Bauwirtschaft schuld, wurde damit widerlegt.
An der Podiumsdiskussion nahmen teil: **Markus Andenmatten,** Inhaber Ingenieurbüro, GBI-Mitglied; **Hans Baumann,** Wirtschaftsexperte der Gewerkschaft Bau & Industrie GBI; **Peter Rust,** Bauunternehmer, Walchwil; **Hanspeter Uster,** Regierungsrat.

4. Informationspolitik

Die Medienpräsenz des GBZ wurde eindeutig verstärkt. In diversen Zuger Zeitungen erschienen Artikel und Stellungnahmen zu folgenden Themen:

- GBZ-Jahresbericht (April):
  ZZ: *"Krisenzeit - Gewerkschaftszeit?"*
- Berichterstattung über die GBZ-DV vom 21. April 1994:
  ZZ: *"SGB gegen Deregulierung";*
  ZN: *"Viele haben Angst...".*
- Spinnerei an der Lorze (1. Mai):
  ZN: *"Einige Gedanken zum Fall Gasser".*
- Berichterstattung 1.Mai-Fest:
  ZZ: *Gut besuchte Mai-Feier in Zug";*
  ZN: "Wir wollen bezahlte Arbeit für alle".
- Abstimmung über F/A-18 (21. Mai):
  ZS: "*Wir brauchen sinnvolle Arbeitsplätze";*
  ZZ: "*GBZ und Bunte für zweimal Ja".*
- Zur Arbeitsmarktpolitik des Kantons:
  ZN: *"Arbeitsmarktpolitik ist dringend und wirksam";*
  ZZ: "*Zuger Arbeitsmarktpolitik ist wirksam".*
- Beitrag von Bruno Bollinger in der ZN-Sonderbeilage zur Krise im Kanton Zug: *"Gerade jetzt tut Umdenken not".*
- Nein zum dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung.
- Berichterstattung DV vom 15. November:
  ZN: *"Kämpferische Worte im rauhen Arbeitgeber-Wind";*
  ZZ: *"Arbeitsplätze als Mangelware?".*
- Zur Lohnrunde 1993/94:
  ZZ: "*Unternehmerentscheide durch öffentliche Hand beeinflussen?"*
  ZN: "*Lohnabhängige haben das Nachsehen* ZW: *Lohnabhängige müssen wiedereinmal auf Teuerungsausgleich verzichten".*
- Pressekonferenz des Zuger Forum Arbeit für alle!
  ZZ: *"Die Sockelarbeitslosigkeit bleibt ein Thema";*
  ZN: *"Eine Lobby für die Arbeitslosen".*
- Berichterstattung der Tagung vom Januar:
  ZZ: "*Wer ist schuld an der Teuerung im Bauwesen?";*
  ZN: "*Wo soll der Staat eingreifen?"*

ZN = Zuger Nachrichten
ZZ: = Zuger Zeitung
ZW: = Zuger Woche
ZS: = Zuger Stadtanzeiger

Im vergangenen Berichtsjahr wurde allen GBZ-Delegierten das GBZ-Info geschickt. Das GBZ-Info geht zur Information auch an über 20 uns nahestehende PolitikerInnen:

- Nr. 5 im Juni 1993
- Nr. 6 im September 1993
- Nr. 7 im Oktober 1993
- Nr. 8 im Dezember 1993
- Nr. 9 im Januar 1994

Im Juni wurde der GBZ nach seiner Bildungstätigkeit gefragt. In der Folge wurde der GBZ und seine Tätigkeit im von der Erziehungsdirektion herausgegebenen Verzeichnis der Erwachsenenbildung im Kanton Zug aufgenommen.

5. Die GBZ-Verbände

Mitgliederentwicklung

	1980	1990	1991	1992
GBI				1286
GBH	669	1146	1193	*)
SMUV	987	843	846	887
SEV	361	458	470	484
VPOD	74	134	137	139
PTT-Union	76	77	82	77
GTCP	41	29	11	*)
VHTL	50	20	19	20
Kanton Zug	**2258**	**2707**	**2758**	**2893**
Differenz		+ 449	+ 51	+ 135

(aus SGB-Statistik) / *) GBI ab 1.1.93 (GBH + GTCP)

GBI

Das GBI-Sekretariat in Zug war vor allem mit der Arbeitslosenkasse und mit Rechtsschutzfällen beschäftigt. Nebst dem Sekretär Hans Suter wurde das Sekretariat ab 1. November 1993 mit einem neuen Funktionär, Juan Gonzalves, verstärkt.
Anfangs Jahr beteiligte sich die GBI Sektion Zug an den Mobilisierungen für die zwei Berner Demonstrationen; und im Frühling für die Unterschriftensammlung gegen den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung.

SMUV

An der GV vom 16. April 1993 wurde Ruedi Amrein zum neuen Präsidenten der Sektion Zug gewählt.
Die SMUV Sektion Zug war vor allem mit dem Thema der Regionalisierung beschäftigt. 1994 soll es zu einem Zusammenschluss der Innerschweizer SMUV-Sektionen kommen. Hauptstützpunkt wird Luzern sein; das Sekretariat Zug bleibt nur noch teilweise offen und wird eng mit dem Luzerner Sekretariat zusammenarbeiten. SMUV-Funktionär Pietro Panico wird wie bisher Zug und die Innerschweizer Sektionen betreuen. SMUV-Sekretär Arthur Weiss hingegen wird Ende April in Pension gehen.
Die massiven Entlassungen vor allem in der Landis & Gyr führten zu einer grossen Belastung auf dem Sekretariat. Die Gewerkschaft muss so die Folgen der Unternehmerentscheide tragen, die rationalisieren und Leute abbauen.
Auch die SMUV-Sektion Zug beteiligte sich anfangs Jahr an den Mobilisierungen für die zwei Berner Demonstrationen; und im Frühling für die Unterschriftensammlung gegen den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung.

VPOD

Die GV vom 25. Februar 1994 wählte Christian Steiger als neuen Präsidenten der VPOD Sektion Zug.
In Vordergrund der politischen Tätigkeit des Vorstandes stand der automatische Teuerungsausgleich für Staatsangestellte, das neue Beamtenrecht und eine Motion zur Arbeitszeitverkürzung für das Personal der Stadt Zug.

PTT-Union

Auch die PTT-Union wählte an der GV vom 6. März 1993 mit Walter Felder einen neuen Präsidenten. Die Sektion Zug beteiligte sich vor allem an den verbandsinternen Aktivitäten. Delegierte der PTT-Union gehören zu den regelmässigen Besuchern der GBZ-Veranstaltungen.

6. GBZ-Vorstand

Nach dem Rücktritt vom Romolo Calvini setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen (1993 war kein Wahljahr):

Bruno Bollinger (SMUV/GBI), Präsident;
Josy von Wyl (GBI), Vizepräsidentin;
Hans Eberli (SMUV), Kassier;
Hans Rüegg (PTT-Union);
Sybilla Schmid (SMUV);
Pietro Panico (SMUV);
Toni Gschwind (VPOD).

Der Vorstand traf sich 6 mal zu einer Sitzung.

Weitere Restrukturierungen des Vorstandes stehen bevor: Auf die DV hin haben Hans Suter und Hans Eberli ihren Rücktritt eingereicht.

Allen Kolleginnen und Kollegen danke ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

7. Bilanz

1992 hatte sich der GBZ-Vorstand einige Prioritäten gegeben mit dem Leitmotiv "Innen stark - nach aussen offen!". Wir versuchen nun, die GBZ-Aktivitäten gesamthaft zu bilanzieren.

Stärkere politische Präsenz

In verschiedenen Fragen war der GBZ politisch präsent. Die Zusammenarbeit mit den Linksparteien SP/SGA/Alternative Fraktion ist in den Aktivitäten gegen die Krise verstärkt worden. Misstöne gab es um den 1.Mai 1993. Der Hauptgrund war, dass die Zusammenarbeit nicht mit einem 1.Mai-Komitee genau definiert worden war.

Regelmässige Veranstaltungen

Die Tagung im Januar, die DV im April und der Apero mit den Kollegen Regierungsräten im Herbst sind zu traditionellen Anlässen geworden.

Kontakt zu anderen Verbänden/Organisationen

Mit den Linksparteien sind die Kontakte intensiviert worden. Mit anderen Arbeitnehmerorganisationen hingegen hat es keine gemeinsamen Anlässe gegeben. Die christlichen Gewerkschaften wurden bei allen Aktivitäten gegen die Krise (namentlich beim Krisenkomitee) regelmässig eingeladen, ohne dass sie je etwas von sich hören liessen.

Nationale und regionale Kontakte

Der Präsident hat regelmässig an den SGB Delegiertenversammlungen teilgenommen. Kontakte mit den anderen Innerschweizer Gewerkschaftsbünden hat es aber keine gegeben.

Informationspolitik

Die Informationspolitik ist mit der regelmässigen Medienpräsenz und den GBZ-Infos stabilisiert worden.

8. Schlussbemerkungen

Uns wird immer wieder die Frage gestellt, ob die Gewerkschaften in der Krise einen grösseren Zulauf an Mitgliedern hätten. Diese Frage müssen wir leider verneinen: Auf nationaler Ebene haben die SGB-Verbände insgesamt sogar Mitgliederverluste hinnehmen mussen. Einerseits macht sich sicher bemerkbar, dass eine Abnahme der Beschäftigtenzahlen auch das Mitgliederpotential der Gewerkschaften verringert, andererseits haben viele Angst, sich zu exponieren.

Was aber schwerer wiegt, ist, dass sehr viele heute den Sinn und Zweck der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr sehen. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangen Kämpfen und Auseinandersetzungen eine breitflächig abgestützte materielle Absicherung der meisten Lohnabhängigen erreicht. Alle Lohnabhängigen profitieren nun davon, unabhängig davon ob sie gewerkschaftliche organisiert sind und dafür gekämpft haben.

Die grosse Herausforderung an die Gewerkschaften in den nächsten Jahren wird es sein, den Lohnabhängigen wieder bewusst zu machen, dass die Unternehmer nur das geben, was ihnen abverlangt wird. Es soll wieder klar gemacht werden, dass wenn die GAV's ausgehölt und die Gewerkschaften geschwächt werden, alle darunter leiden werden.

Wollen wir unsere Errungenschaften verteidigen, dann müssen sich die direkt Betroffenen mit den Gewerkschaften zusammmen wieder zu wehren wissen.

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

BB: GBZ/VS/JB93-94
17.01.95